

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2014

Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild.

Göttingen: Wallstein, 2014, 306 S. ISBN: 978-3-8353-1551-8

Die Geschichte einer politischen Idee ist immer auch die Geschichte ihrer Gegner. Diese Feststellung ist so banal wie basal, und daher wundert es, dass der gediegene Band mit dem weit gespannten Oberthema „Liberalismus als Feindbild“ nicht schon längst vorliegt. Er ist aus einer Tagung hervorgegangen, die im März 2013 vom Archiv des Liberalismus in Gummersbach veranstaltet wurde. Die Idee der Ausrichter war es, entlang eines historischen Längsschnitts dem vielgestaltigen Phänomen des Antiliberalismus nachzugehen. Biographische Zugriffe stehen dabei neben strukturellen Analysen; der Fokus liegt bis auf eine Ausnahme auf Deutschland.

Im ersten Aufsatz setzt Klaus Ries den Beginn der Abwehr gegen den Liberalismus mit der Zeit der napoleonischen Herrschaft in Europa an (S. 21), als sich so etwas wie (ideologisch fundierte) politische Lager überhaupt erst bildeten. Ein ante quem könne es demnach auch für den Liberalismus nicht geben. Dass sowohl der Passauer Historiker Hans-Christof Kraus (S. 53) wie auch der Heidelberger Politikwissenschaftler Reinhard Mehring den Beginn liberaler Strömungen schon früher ausmachen (Mehring, S. 203: „Seine Heroenzeit war das 18. Jahrhundert im Kampf gegen den Absolutismus.“), tut nichts zur Sache. Übereinstimmung dürfte schließlich bei Mehrings Feststellung herrschen, dass es seit mehr als 200 Jahren ein gegen Etatismus und für individuelle Freiheiten eintretendes politisch-philosophisches Bündel verschiedener Strömungen unter dem Rubrum Liberalismus gibt, welches sich seit fast genauso langer Zeit von der herrschenden, ständischen Ordnung einerseits und von konkurrierenden „progressiven“ Strömungen andererseits angefeindet sah. Ries exemplifiziert seine Grundausagen an den Beispielen dreier Professoren der Universität Jena (Heinrich Luden, Lorenz Oken, Jakob Fries), deren jeweilige politisch-programmatische Ausrichtungen wandelbar waren, und die uns jeweils kaum noch als liberal gelten, es in der Ausdifferenzierungszeit moderner Lager aber durchaus waren. Ries' Ausführungen sind eingängig, hier zeigt sich der Spezialist für die Verhältnisse des thüringischen Universitätsmilieus.¹

Auf hohem Darstellungsniveau geht es weiter, wenn Andreas Fahrmeir zum Abschied von liebgewordenen Schematisierungen rät (S. 41–51). Zweifellos sei die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck Metternichs eine restaurative Phase der Perpetuierung von politischen Vorstellungen des Ancien Régime gewesen. Die Meistererzählung von einer illiberalen Ära bis 1848 sei allerdings durch

¹ Etwas merkwürdig wirken seine Invektiven gegen Reenactment-Aktivitäten, die – jubiläumsorientiert wie auch weite Teile der forschenden Zunft – in den letzten Jahren rund um Jena und Auerstedt Histotainment im Freien boten und bieten. „Liberal“ wäre es, bei Desinteresse schmunzelnd über das Freizeitkräfte bindende Laientheater hinweg zu blicken, professionell wäre es, bei fachlicher Ablehnung zur Untermauerung des Missbehagens tatsächlich einschlägige, reflektierende Literatur (etwa Valentin Groebner, *Das Mittelalter hört nicht auf*) anzuführen, statt beliebig zu kommentieren. Anm. 6, S. 20 verweist auf eine medien-analytische Arbeit, die Reenactment im Fernsehen untersucht, mithin also nichts mit Jena, den Freiheitskriegen, dem Frühliberalismus und der mangelnden wissenschaftlichen Behandlung dieser drei zu tun hat.

zahlreiche Detailstudien – etwa zur zentralen Kategorie Bürgertum (S. 43) – nur noch partiell überzeugend; für den Großbereich des wirtschaftlichen Lebens könne durchaus eine Verwirklichung liberaler Ziele konstatiert werden. Hans-Christof Kraus schließt zeitlich an und widmet sich mit Friedrich Julius Stahl und den beiden Gerlachs drei von ihm schon mehrfach behandelten konservativen Ikonen des geistigen Preußen der Mitte des 19. Jahrhunderts (S. 53-72). Alle drei hätten den Liberalismus vor und nach 1848 aufmerksam analysiert, einzelne seiner Elemente sogar geteilt (etwa den Gedanken der Freiheit, wenn auch nicht „profaniert“ S. 57f.), als Konservative das (vermeintlich mit dem Liberalismus nicht kongruente) monarchische Prinzip für absolut gesetzt und daher den illegitimen Bonapartismus abgelehnt. Zusammenfassend führt Kraus vier Felder an (S. 71f.), auf denen der Liberalismus nach der konservativen Einschätzung à la Stahl und Gerlach besonders schädliche Triebe sprießen ließ: In historischer Hinsicht verfolge er revolutionäre, die überkommene Gesellschaftsordnung in Frage stellende Ziele. In religiöser Hinsicht sei er ein Gegner der christlichen Weltordnung. In ökonomischer Hinsicht vertrete er gegen die gesamtgesellschaftlich bewährte, zünftige Ordnung einseitig die Interessen des egoistisch agierenden Kapitals. Und schließlich eröffne der in einer im engeren Sinne politischen Dimension überkommene Strukturen aushöhlende Liberalismus unfreiwillig Einfallstore für Radikalismus und Sozialismus. In Kenntnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts, als unterschiedliche Spielarten diktatorischer Herrschaft kaltlächelnd über liberale Gesellschaftsformen hinweggingen, wird man diese Analysen der 1850er Jahre helllichtig nennen dürfen. In politisch-praktischer Hinsicht hatte der Berliner und Potsdamer Konservatismus der Stahls und Gerlachs jenen Tendenzen wenig entgegen zu setzen, spätestens seit ihnen mit Otto von Bismarck ihr sich als ideologisch nicht ganz wetterfest erweisender Zauberlehrling von der Stange ging.

Als Realpolitiker in der Verantwortung von Spitzenämtern konnte Bismarck nämlich anders als gegenüber der sozialistischen Partei des Umsturzes an den (National-)Liberalen nicht dauerhaft vorbeigehen. Wie sehr seine monarchisch-konservativen Präferenzen dabei nur auf Zeit machiavellistisch bemäntelt wurden, macht neben der sogenannten konservativen Wende am Ende der 1870er Jahre ein bisher unbekannter Blick ins häusliche, d.h. vor allem weibliche Umfeld Bismarcks klar. Andrea Hopp wirft ihn anhand der Untersuchung von Briefen aus den Federn von Bismarcks Ehefrau, Tochter und Schwiegertochter (S. 73-92), die bis in die 1930er Jahre datieren. Wenn man hier bei landadeligen Stammvätern antiliberaler Affekte geradezu erwartet, überraschen doch die sich in schrillen Redensarten äußernden antisemitischen Denkmuster und die eklatanten antiparlamentarischen Vorbehalte.

Zeitlich und thematisch spinnt der Antiliberalismus und Antisemitismus im Kaiserreich untersuchende Beitrag von Ulrich Sieg den Faden weiter (S. 93-112). Peter Pulzer zitierend, verweist Sieg auf die fundamentale Garantstellung des Liberalismus für „die Sicherheit der Juden in Mitteleuropa“ (S. 111), die Krise des Ersten brachte automatisch die Desintegration Letzterer mit sich. Jürgen Frölich widmet sich in seinem anschließenden Aufsatz Friedrich Naumanns politischer Gegneranalyse (S. 113-133). Konservatismus und politischer Katholizismus waren für ihn die Feinde der Freiheit, Teile der Sozialdemokratie hielt er hingegen für anschlussfähig. Nicht anschlussfähig waren während des Ersten Weltkriegs hingegen die erhitzten Gemüter dies- und jenseits des Ärmelkanals. Peter Hoeres (S. 134-151) formuliert hier auf der Grundlage neuerer Forschungen einen alten Zuschreibungen diametral entgegenstehenden Befund: In Bezug auf liberales Denken und Handeln sei nämlich das gemeinhin als Mutterland des Liberalismus geltende England weit weniger liberal gewesen, als es die auch unter Historikern wirksame „öffentliche Meinung“ evoziere. Weder gegenüber Deutschland noch gegenüber „Dissenter[n] im eigenen Land“ seien selbst Vorkriegsliberale sonderlich liberal gewesen. Einem an gegenwärtige Zustände gemahnenden Thema nimmt sich im Folgenden Jens Hacke an (S. 153-182),

der Krisenursachen des Liberalismus der Zwischenkriegszeit auf prägnante Nenner bringt (S. 168). Im Nichtfinden zeitgemäßer politischer Antworten war der Liberalismus hier gewissermaßen sein eigener Feind, wenn auch weitsichtige Analysten unter den liberalen Publizisten und Wissenschaftlern wie Moritz Julius Bonn die Dilemmata erkannten und Lösungswege aufzeigten.

Wie antiliberal auch das akademische Klima war, zeigt Ewald Grothe mit seiner Suche nach liberalen Historikern und dem Liberalismus als Thema in der Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit (S. 183–201). Wie fatal sich die geringe Zahl von staatsbejahenden Historikern einerseits und die fast durchweg pejorative Behandlung des historischen Liberalismus in den Arbeiten der rechtskonservativ-monarchischen Mehrheit ihrer Kollegen andererseits auf die geschichtspolitische Atmosphäre der seinerzeitigen Zeitgeschichte auswirkten, kann man leicht ermessen: „Viele Historiker waren fest davon überzeugt, Botschafter einer meinungsbildenden Wissenschaft zu sein und in einer Art öffentlichen Auftrag zu handeln“, konstatiert Grothe (S. 187), und nennt damit die Hauptursache für die publizistische Ablehnung des als undeutschen, westlichen Import stigmatisierten liberalen Parteienstaates durch die Mehrheit der professionellen Historiker. Kaum erquicklicher sind die Ausführungen Reinhard Mehrings über „die Beisetzung“ des klassischen Liberalismus durch Carl Schmitt, einem der nach landläufiger Meinung bekanntesten Antiliberalen des 20. Jahrhunderts (S.203–227). Dass diese werkimmanente Zuschreibung mit dem Sicherheiten und Toleranzen bedürftigen, „kapriziösen Leben“ (S. 221) Schmitts auffällig kontrastiert, ist eine schöne Pointe aus der Feder des kenntnisreichen Biographen, auf deren breiteren Hintergrund hier nicht weiter eingegangen werden soll. Nur so viel: Die als prekär empfundene gesellschaftliche Situation des Aufsteigers mit den Sehnsüchten nach weiterem Aufstieg schürte Affekte gegenüber jenen „liberalen“ Angehörigen des gehobenen Bürgertums, die ihren elitären Status ererbt hatten und bestenfalls verteidigten, aber nicht mehr erkämpfen mussten.

Anne C. Nagels Beitrag umspannt anschließend ähnlich wie derjenige über Schmitt drei deutsche Staatssysteme, allerdings in einem anders gelagerten, nicht unbekanntem und doch bisher kaum mit so viel kritischer Distanz und zugleich Empathie behandelten Fall (S. 229–251). Der politische Lebensweg des in der Weimarer Republik der linksliberalen DDP angehörigen Neuzeithistorikers Wilhelm Mommsen zeugt tatsächlich „[v]on der Schwierigkeit, in Krisenzeiten liberal zu sein“ (S. 229). Sein hier distanziert und nüchtern beschriebenes Umschwenken auf die Linie des vermeintlich siegreichen Überwinders des Liberalismus wurde ihm nach 1945 zum Verhängnis: Nun war er nicht nur einer der vielen, aus freien Stücken der NSADP angehörenden Professoren gewesen. Schlimmer, und folgenreicher: In ihm sahen viele konservative, zuvor nicht weniger korrumpierte Fachgenossen zumindest als Ablenkungsmanöver die Kollege-gewordene Opportunität des politischen Liberalismus. Ein nach Ämtern und damit verbundenen Befugnissen strebender Charakter hatte nach 1945 überreizt: Mommsen wurde „geopfert“, weil, wie Anne C. Nagel schlüssig herausarbeitet, „am einstigen liberalen Verteidiger der Weimarer Republik ein Exempel statuiert wurde, während viele ihrer erklärten Gegner vor und nach 1945 wie selbstverständlich auf der richtigen Seite standen“ (S. 251).

Nicht konservativ, sondern dezidiert links waren die in Ideologie und Habitus antiliberalen 68er, wie Wolfgang Kraushaar herausstellt (S. 254–270). Auch wenn das Gros der seinerzeitigen Protagonisten sich als Teil einer „Freiheitsrevolte“ (S. 254) verstand, ging es ihnen doch primär um die eigene Befreiung aus vermeintlicher Unfreiheit, nicht um Freiheit für andere oder gar alle. In der ideologisch verengten Sicht des SDS war der Liberalismus die „Ideologie des Konkurrenzkapitalismus“ (S. 256) – und damit per se der Feind einer erstrebenswerten freien sozialistischen Weltordnung. Man taucht noch tiefer in die geistigen Vernebelungen der wirtschaftlich saturierten, geistig aber merkwürdig rast- und

ziellosen Epoche vor und nach der ersten Ölkrise ein, wenn man zuletzt Wolther von Kieseritzkys Aufsatz über die Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie bis gegen Ende der 1970er Jahre liest (S. 271–294). Ausgerechnet die zunächst heißerwünschte, als einzig zeitgemäß geltende sozialliberale Koalition unter der ikonischen Figur des Kanzlers Brandt sah sich mit dem Ende des Wachstumsrausches und dem Einbruch des Terrorismus zu Beginn der 1970er Jahre massiven Problemen gegenübergestellt. Forderungen nach einer sogenannten Tendenzwende, nach einem anderen Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer gesellschaftlicher Mitbestimmung des Wandels blockte der an der Regierung beteiligte Liberalismus mit einer nicht ganz unzutreffenden Begründung ab: Das aus der Eigenwahrnehmung der Koalitionsparteien regierende Bündnis aus Arbeiterschaft und Bürgertum habe die größtmögliche Legitimation der deutschen Bevölkerung. Punkt! Die Fundamentalliberalisierung äußerte sich also nicht nur in „Emanzipation und größerer Teilhabe“, sondern auch in „Zentralisierung und Etatismus“; einem in der Mischung „sehr ambivalenten Ergebnis [...] für die liberale Demokratie“ (S. 295), wie von Kieseritzky resümiert.

An dieser Stelle wünschte man sich ein Fortspinnen des Fadens über die 1970er Jahre hinaus, aber jeder Tagungs- und Sammelband muss einmal ein Ende haben und vielleicht lässt sich mit etwas mehr zeitlichem Abstand auch abgeklärter über das Schlagwort „geistig-moralische Wende“ und den bis 1998 und dann wieder ab 2009 mitregierenden FDP-Liberalismus und seine Feinde urteilen. Was Feindschaft von Gegnerschaft und Kritik unterscheidet, könnte dabei dann stärker herausgearbeitet werden. Insgesamt ist die Mischung aus biographischen und strukturellen Innen- wie Außensichten auf die vielgestaltigen Affekte gegen den Liberalismus anregend.

Friedrichsruh

Ulf Morgenstern